

Positionen der deutschen Versicherer

CSRD-Umsetzungsgesetz

05. Dezember 2025, Berlin

 Rechnungslegung / Risikomanagement / Revision

Nachhaltigkeitsberichterstattung

Doppelrolle der Versicherungswirtschaft

Als langfristig ausgerichtete, international tätige Investoren benötigen Versicherer aussagekräftige und standardisierte ESG-Daten (Datennutzer-Sicht)



Ausgewogene Umsetzung der EU-Vorgaben wichtig: Sicherstellung der Verfügbarkeit von hochwertigen Nachhaltigkeitsdaten ohne unverhältnismäßige Belastungen für berichtspflichtige Unternehmen



Als berichtspflichtige Unternehmen veröffentlichen Versicherer auch CSRD-Berichte (Ersteller-Sicht)



Entwurf des CSRD-Umsetzungsgesetzes

Gesamteinschätzung

Gesetzesentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in der durch die Richtlinie (EU) 2025/794 geänderten Fassung

A. Problem und Ziel

Der Entwurf dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (ABl. L 322, 16.12.2022, S. 15) (Corporate Sustainability Reporting Directive, im Folgenden: CSRD). Die Frist zur Umsetzung der Richtlinie ist am 6. Juli 2024 abgelaufen. Mit dem Entwurf soll sichergestellt werden, dass die Bundesrepublik Deutschland ihrer unionsrechtlichen Verpflichtung zur Einführung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen schnellstmöglich nachkommt. Ein früherer Umsetzungsgesetzesentwurf, der während der 20. Legislaturperiode in das parlamentarische Verfahren eingebracht worden war (Bundestagsdrucksache 20/12787), ist nach dem Grundsatz der Diskontinuität verfallen und muss daher neu eingebracht werden. Die Vorgaben der CSRD werden mit dem neuen Entwurf nach dem Prinzip 1:1 umgesetzt und der bestehende Rechtsrahmen punktuell angepasst.

Die mit der CSRD EU-weit eingeführte Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen ermöglicht es Investoren, Verbrauchern, Akteuren der Zivilgesellschaft, einschließlich Nichtregierungsorganisationen und Sozialpartnern, sowie weiteren Interessenträgern, den Nachhaltigkeitsbeitrag von Unternehmen zu bewerten und darauf basierend Entscheidungen, etwa bei Investitionen oder im Bereich des privaten Konsums, zu treffen. Die CSRD wurde 2022 als Bestandteil des „European Green Deal“ und der Strategie der Europäischen Kommission zur Finanzierung einer nachhaltigen Wirtschaft verabschiedet. Dieser Entwurf steht darüber hinaus im Kontext der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und trägt insbesondere zur Erreichung des Nachhaltigkeitsziels 12 bei.

Die Umsetzung der CSRD erfolgt zu einem Zeitpunkt, zu dem sich auf EU-Ebene bereits erkennbar ganz erhebliche Entlastungen gegenüber dem rechtlichen Status quo abzeichnen. Das gilt sowohl für den Kreis der einbezogenen berichtspflichtigen Unternehmen als auch für die Standards, nach denen die CSRD-Berichte geprüft werden. Die Bundesregierung unterstützt die entsprechenden Vorschläge und setzt sich für die rasche Verabschiedung ein, um die Ergebnisse noch im Rahmen des laufenden Gesetzgebungsverfahrens umzusetzen. Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, dass alle betroffenen deutschen Unternehmen rasch und rechtssicher von den Vereinfachungen profitieren.

Die Bundesregierung bekräftigt die Ziele des „European Green Deal“. Die Zielerreichung darf aber nicht mit unverhältnismäßigen Bürokratielasten für europäische Unternehmen einhergehen. Daher begrüßt sie ausdrücklich die umfangreichen Maßnahmen, die die Europäische Kommission am 26. Februar 2025 im Rahmen ihres Omnibus-Entlastungspakets vorgelegt hat. Bei der CSRD-Nachhaltigkeitsberichterstattung sind signifikante Erleichterungen und Vereinfachungen für die betroffenen Unternehmen erforderlich, damit der Umfang der bürokratischen Lasten wieder in ein angemessenes Verhältnis zur politischen Zielerreichung gebracht wird.

1:1 Umsetzung der EU-Richtlinie



Keine nationalen Verschärfungen



Übergangslösung für Omnibus



Ausschöpfen der Entlastungs-Spielräume



Entwurf des CSRD-Umsetzungsgesetzes

Worauf ist im weiteren Verfahren zu achten?

1. Konzernklausel für Versicherer unverändert beibehalten

(§§ 341a Absatz 2a Satz 3 und 341j Absatz 2a Satz 4 HGB-E)

2. Rechtssicherheit für Unternehmen mit 501 bis 1.000 Beschäftigten schaffen

(Art. 96 und Art. 97 EGHGB-E)

3. Formatvorgaben pragmatisch gestalten

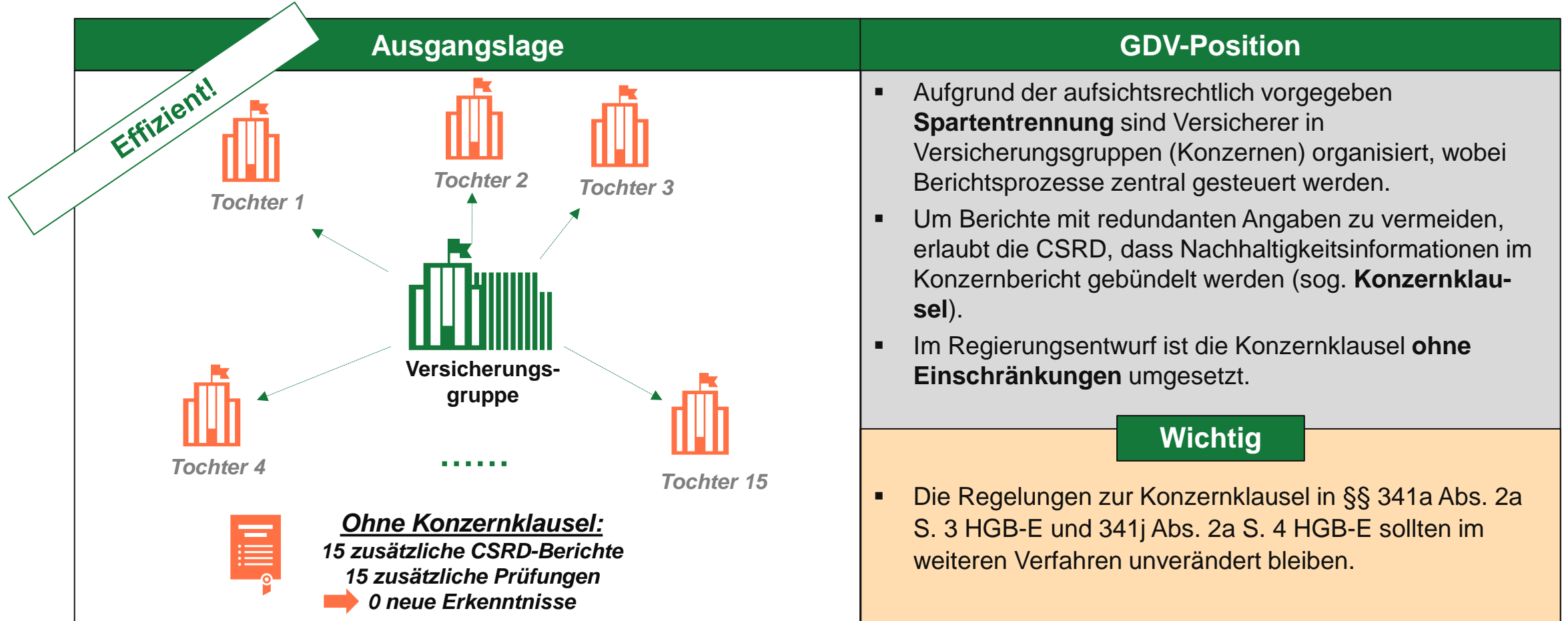
(Regierungsentwurf: §§ 289g und 315e HGB-E; GDV-Vorschlag: § 328 HGB)

4. Bürokratie bei Unterrichtung der Arbeitnehmer vermeiden

(§ 289b Abs. 6 HGB-E und § 315b Abs. 5 HGB-E)

1. Konzernklausel unverändert beibehalten

Regelungen zur Berichterstattung im Konzernbericht ermöglichen effiziente Umsetzung



2. Rechtssicherheit für Unternehmen mit 501 bis 1.000 Beschäftigten schaffen (1/2)

Klarheit zur Anwendbarkeit bisheriger und neuer Regelungen notwendig

Ausgangslage	GDV-Position		
<div data-bbox="45 364 509 706" style="transform: rotate(-45deg); border: 1px solid green; padding: 5px; display: inline-block;">Rechtssicher?</div> <div data-bbox="242 485 1312 606" style="background-color: #006633; color: white; padding: 10px; text-align: center;">Artikel 96 Abs 1 EGHGB-E (Einzelabschluss) analog Artikel 97 (Konzernabschluss)</div> <table border="1" data-bbox="242 614 1312 856"><tr><td style="background-color: #cccccc; padding: 10px; text-align: center;"><u>Erstmalige CSRD-Anwendung</u> ab Geschäftsjahr nach 31.12.2024</td><td style="background-color: #cccccc; padding: 10px; text-align: center;"><u>Letztmalige NFRD-Anwendung</u> letztmals für Geschäftsjahr vor 01.01.2025</td></tr></table>	<u>Erstmalige CSRD-Anwendung</u> ab Geschäftsjahr nach 31.12.2024	<u>Letztmalige NFRD-Anwendung</u> letztmals für Geschäftsjahr vor 01.01.2025	<ul style="list-style-type: none">▪ Positiv bewertet wird die vorgesehene Ausnahme für Unternehmen mit maximal 1000 Mitarbeitern in den Geschäftsjahren 2025 und 2026.▪ Für eine rechtssichere Befreiung fehlt jedoch eine Klarstellung zur letztmaligen Anwendung der bisherigen Regelungen.▪ Ausnahme für VUs mit 501 bis 1.000 MA: betrifft 46 VU.
<u>Erstmalige CSRD-Anwendung</u> ab Geschäftsjahr nach 31.12.2024	<u>Letztmalige NFRD-Anwendung</u> letztmals für Geschäftsjahr vor 01.01.2025		
<div data-bbox="1070 849 1184 956" style="background-color: red; color: white; border-radius: 50%; width: 40px; height: 40px; display: flex; align-items: center; justify-content: center; margin: 0 auto 10px auto;">?</div> <div data-bbox="1031 963 1261 1006" style="color: red; text-align: center;"><u>Rechtslücke</u></div> <div data-bbox="203 1013 1337 1263" style="background-color: #ffcc99; padding: 20px; border-radius: 10px; margin-top: 10px;"><p><u>Art 96, Abs 8/ Art 97, Abs 7:</u> Unternehmen mit ≤1000 Beschäftigten müssen die Vorschriften aus jeweils Absatz 1 vor 2027 nicht anwenden.</p></div>	<div data-bbox="1554 892 2216 963" style="background-color: #006633; color: white; padding: 5px; text-align: center; margin-bottom: 10px;">Handlungsbedarf</div> <ul style="list-style-type: none">▪ Klarstellung zur letztmaligen Anwendung bisheriger Regelungen für das Geschäftsjahr 2024 in Art. 96 und 97 EGHGB-E, dass die bisherigen Regelungen letztmalig für das Geschäftsjahr 2024 anzuwenden sind.▪ Entsprechend sind auch die Absätze 3 und 4 in Art. 96 EGHGB-E anzupassen		

3. Formatvorgaben pragmatisch gestalten

Durch Offenlegungsansatz sollten unnötige Kosten verhindert werden

Bürokratiearm?

Ausgangslage	GDV-Position
<p><u>Aufstellungslösung (Deutschland):</u></p> <p>Lagebericht → XHTML → Veröffentlichung</p> <p>•Aufstellung und Prüfung softwareabhängig •Nachträgliche Korrekturen erfordern Erstellung neuer Datei → Prozess ist zeitintensiv, technisch aufwendig und fehleranfällig</p> <p><u>Offenlegungslösung (Andere Mitgliedsstaaten):</u></p> <p>Lagebericht → PDF → Veröffentlichung in XHTML</p> <p>•PDF erstellen •XHTML veröffentlichen (minimale Nachbearbeitung nötig) → Identischer Berichtsinhalt für Nutzer</p>	<ul style="list-style-type: none">Der Regierungsentwurf setzt über §§ 289g und 315e HGB-E die Vorgaben zur Digitalisierung der (Konzern-) Lageberichte als sog. Aufstellungslösung um.Damit wäre der Lagebericht eine elektr. Datei im XHTML-Format (zeitintensiv, technisch aufwendig, fehleranfällig).Begriff „aufstellen“ ist auf eine unzutreffende Übersetzung des englischen Begriffs „<i>prepare</i>“ zurückzuführen.Aus unserer Sicht soll sich Digitalisierung auf Offenlegung der Berichte (sog. Offenlegungsansatz) ansetzen. <p>Handlungsbedarf</p> <ul style="list-style-type: none">Formatvorgaben in Analogie zur bisherigen Umsetzung der ESEF-Verordnung im § 328 HGB zu Form, Format und Inhalt der Unterlagen bei der Offenlegung, Veröffentlichung und Vervielfältigung regeln.

4. Unterrichtung der Arbeitnehmervertreter

Flexibilität bei der Einbindung der Arbeitnehmervertretungen sicherstellen

Ausgangslage	GDV-Position
<div data-bbox="45 368 509 714">Sachgerecht?</div> <p data-bbox="726 549 802 578">§ 289b</p> <p data-bbox="216 606 1312 906">(6) Die Mitglieder des vertretungsberechtigten Organs der Kapitalgesellschaft haben die Arbeitnehmervertreter auf geeigneter Ebene über die Inhalte des Nachhaltigkeitsberichts zu unterrichten und mit ihnen die einschlägigen Informationen und die Mittel zur Einholung und Überprüfung von Nachhaltigkeitsinformationen zu erörtern. Erhalten die Mitglieder des vertretungsberechtigten Organs der Kapitalgesellschaft von den Arbeitnehmervertretern eine Stellungnahme, so ist diese Stellungnahme dem für die Prüfung des Lageberichts zuständigen Organ zu übermitteln. Informations- und Auskunftsrechte der Arbeitnehmervertretungen nach anderen Gesetzen bleiben unberührt.</p> <p data-bbox="394 1021 624 1099">Gesetzentwurf der Bundesregierung</p> <p data-bbox="394 1163 1159 1242">Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in der durch die Richtlinie (EU) 2025/794 geänderten Fassung</p>	<ul style="list-style-type: none">▪ Einleitung in § 289b Abs. 6 und § 315b Abs. 5 HGB-E („Die Mitglieder des vertretungsberechtigten Organs...“) ist formalistisch und praxisfern.▪ CSRD (Erwägungsgrund 52) erlaubt Erörterung mit „zentraler Leitung oder besser geeigneter Leitungsebene“: diese Flexibilität muss ins nationale Umsetzungsgesetz.▪ Gesamtvorstandszuständigkeit widerspricht Mitbestimmungsrecht und üblicher Praxis. <div data-bbox="1549 978 2221 1049">Handlungsbedarf</div> <ul style="list-style-type: none">▪ § 289b Abs. 6 und § 315b Abs. 5 HGB-E anpassen: „Gesellschaft, handelnd durch das Organ oder jede andere besser geeignete Leitungsebene“.

CSRD-Berichte der Versicherer

05. Dezember 2025, Berlin



CSRD: Abbildung der gesamten Wertschöpfungskette gefordert

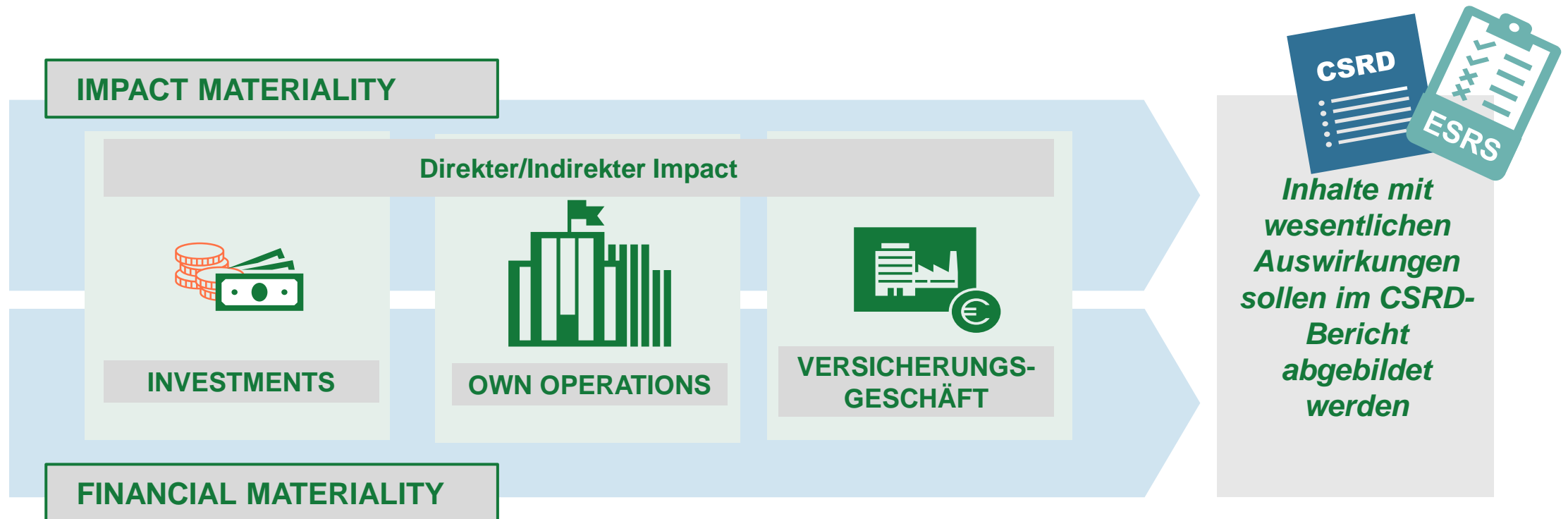
Idealbild der Wertschöpfungskette* wird aus der Realwirtschaft übernommen



* Vereinfachte Darstellung

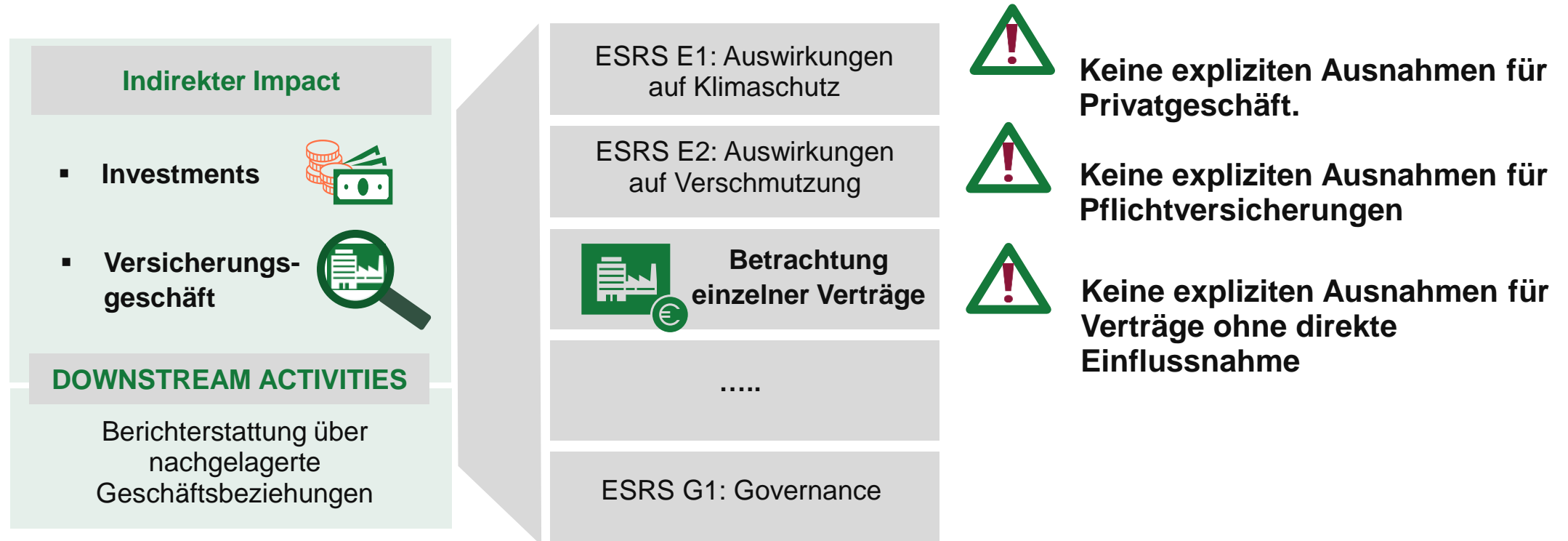
Umfang und Tiefe der Abbildung richten sich nach Wesentlichkeit

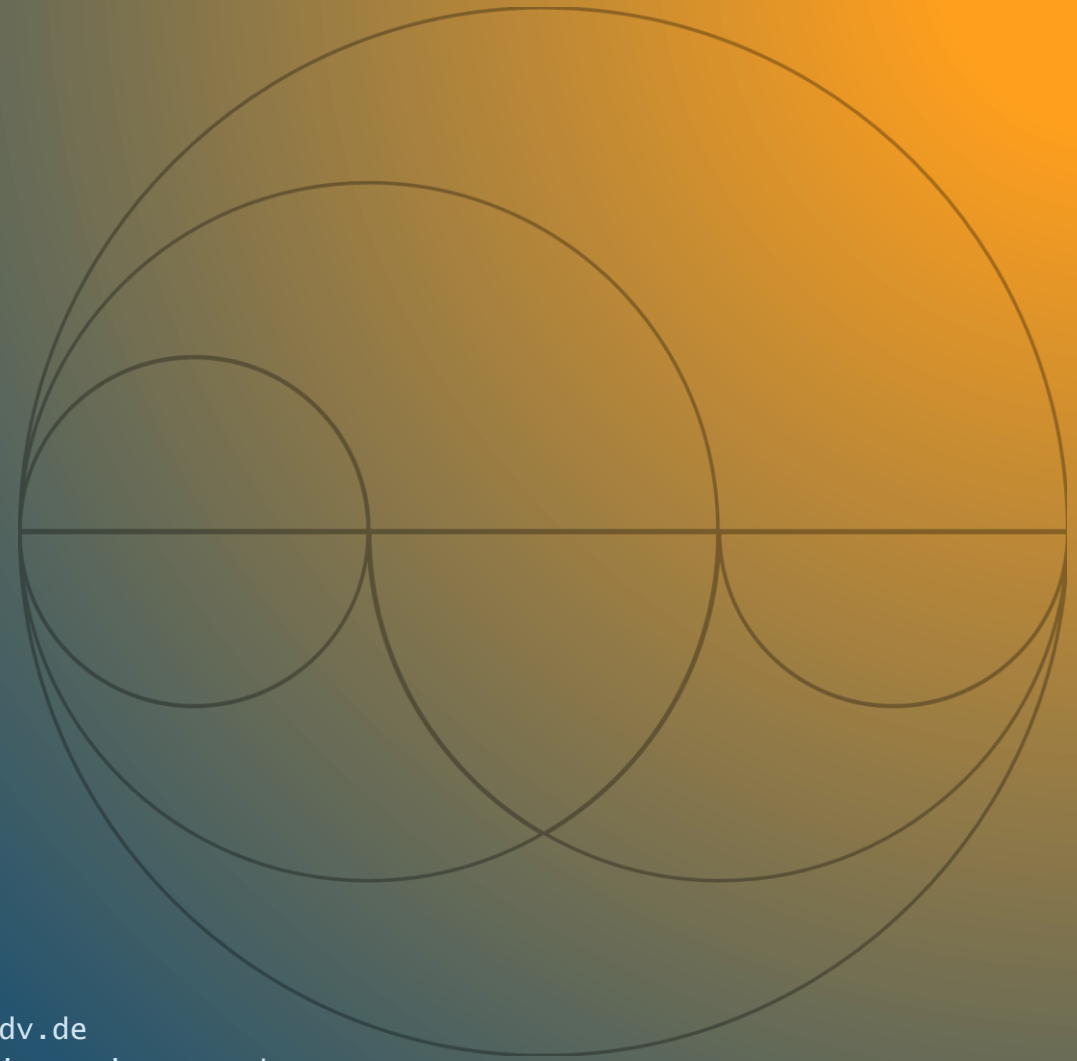
Alle Elemente Wertschöpfungskette unterliegen einer Wesentlichkeitsanalyse



Passiv-Seite: Wie wirken sich Versichertenbestände auf ESG-Faktoren aus?

Die Auslegung der Anforderungen auf der Passiv-Seite steht noch aus





wilhelmstraße 43 / 43G
10117 Berlin
T: 030-2020 5000
F: 030-2020 6000
E: berlin@gdv.de

Rue du Champ de Mars 23
B - 1050 Brüssel
T: 0032-2-2 82 47 30
F: 0049-30-2020 6140
E: bruessel@gdv.de

www.gdv.de
www.DieVERSICHERER.de
facebook.com/DieVERSICHERER.de
Twitter: @gdv_de
www.youtube.com/user/GDVBerlin